

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postbezugswort Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3730.

Nr. 130

Montag, den 7. Juni 1920

11. Jahrgang

## Die Reichstagswahl in Deutschland.

### Die Zerstörung der internationalen Arbeiterbewegung.

Von Viktor Schiff.

Es wird vielfach behauptet, die unabhängige Sozialdemokratie sei unfähig, etwas Positives zu leisten. Und doch können die Unabhängigen auf eine konkrete Tat stolz zurückblicken:

Sie haben die internationale Arbeiterbewegung durch ihren Austritt aus der zweiten Internationale auf lange Zeit hinaus zerstört.

und zwar in jenem Augenblicke, in dem das Proletariat der ganzen Welt einen gemeinsamen, tatkräftigen und schlagfertigen Organismus gegen die internationale Reaktion am nötigsten gebraucht hätte. Wenn man vollends gerecht sein will, muß man jedoch hinzufügen, daß die Vaterhaft dieser Großtat weniger den Unabhängigen, als den Kommunisten zuzuschreiben ist. Von Moskau ging die Parole der Spaltung und der Zerschlagung innerhalb der internationalen Arbeiterklasse aus. Die U. S. P. hat nur nicht den Mut gefunden, sich gegen die zersetzenden Tendenzen der Bolschewisten zu wehren.

Auf ihrem Leipziger Parteitag haben die Unabhängigen bekanntlich den Austritt aus der zweiten Internationale beschlossen. Sie wollten eine vierte Internationale gründen zu dem ausschließlichen Zweck, die Mehrheitssozialdemokratie in der Internationale zu isolieren. Was haben sie damit erreicht? Gewisse Parteien, die sich in einer oppositionellen Lage befinden, wie die deutschen Unabhängigen, und daher den Anschluß an sie nicht verlieren wollten, haben sich sehr widerwillig und mit dem klaren Bewußtsein, eine Dummheit zu begehen, diesem Vorgehen angeschlossen. Wenn man mit französischen Sozialisten offen über diese Dinge redet, so machen sie aus ihrer Ueberzeugung keinen Hehl, daß der Austritt aus der zweiten Internationale logischerweise in den Anschluß an die dritte münden müsse, und daß sie gerade dieses Ergebnis als eine Torheit um jeden Preis verhindern möchten. Immerhin sind die Franzosen und ein Bruchteil der Engländer diesem Beispiel gefolgt, und sie haben beschlossen, am Genfer Kongreß nicht teilzunehmen. Einige weitere Parteien, die zwar genau

dieselbe Koalitionspolitik mit Bürgerlichen innerhalb der Grenzen ihrer Länder befolgen, wie die deutschen Sozialdemokraten, die sich jedoch mit Vorliebe sehr radikal betragen, haben inzwischen das Gleiche beschlossen. Friedrich Adler, der zu Hause das Bündnis mit den antisemitischen Christlich-Sozialen billigt, aber nach außen hin für den reinen Klassenkampf schwärmt, hat im Namen seiner Partei dem Genossen Hymans schriftlich mitgeteilt, daß die österreichischen Sozialisten ebenfalls nicht nach Genf fahren werden. Das gleiche haben soeben die Tschechen beschlossen, die zu Hause ebenfalls Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen treiben.

An sich könnte man über die Farce lächeln und sich damit begnügen, über die Unerschlichkeit jener Leute zu spotten, welche andere für „Sünden“ verdammen, die sie selbst begehen.

Ja, die ganze Internationale ist zu einer jämmerlichen Farce geworden, aber wer trägt die Schuld daran, wenn nicht diejenigen, die den Unturm zu dieser Zersplitterung gegeben haben? Wenn heute im Gegenlag zu der gewerkschaftlichen Internationale die politische Internationale ihre Einheit verloren hat und jeder politischen Macht entbehrt, so trifft die Schuld an diesem für die Arbeiter aller Länder jämmerlichen Zustand in erster Linie die U. S. P. D. und ihre Leipziger Beschlüsse.

Dabei hat die unabhängige Partei von der dritten Internationale eine Abgabe erhalten, die an Deuschlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Dieses von Sinowjew unterzeichnete Antwortschreiben der Moskauer Internationale an die U. S. P. liegt schon fast über acht Wochen in den Händen der unabhängigen Parteileitung, aber weder die „Freiheit“, noch irgendein sonstiges unabhängiges Organ hat bisher den Mut gefunden, es abzuordnen. Und jetzt gehen die Kommunisten hohnlächelnd von Versammlung zu Versammlung und teilen den Wählern mit, was Moskau von der U. S. P. hält, und welchen Grad die unabhängige Freiheit bereits erreicht hat.

Aber die

#### Untersuchungsfunktion der „Freiheit“

richtet sich ebenso sehr gegen die zweite, wie gegen die dritte Internationale. Der „Vorwärts“ veröffentlichte erst auf Ersuchen Hymans' einen Berichtigungsbrief, den dieser vor mehreren Wochen im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel an die „Freiheit“ gerichtet hatte und in dem einige falsche Angaben des unabhängigen Organs über den Genfer Kongreß und dessen Beschlüsse berichtigt werden. Auch diesen Brief hat

#### Die „Freiheit“ ihren Lesern unterzogen

denn er enthält die immerhin bemerkenswerte Feststellung, daß die unabhängige englische Arbeiterpartei, die aus der zweiten Internationale ausgetreten ist, nur 45 000 Wähler

zählt, während sich die Anhänger der Labour Party, die in Bern vertreten sein wird, mit Millionen bemessern wird. Diese Tatsache allein hätte schon genügt, um den unabhängigen Massen die Augen über die Riesendummheit zu öffnen, die in Leipzig beschlossen wurde. Deshalb auch die Unterdrückung. Die unabhängigen Arbeiter dürfen die Wahrheit nicht erfahren, sie dürfen nicht hören, daß die einzige Internationale, die diesen Namen verdient und gegebenenfalls aktionsfähig wäre, die Brüsseler Internationale ist, aus der man aus reinem Haß gegen die Mehrheitssozialisten geschieden ist, aber sie dürfen auch nicht hören, daß man von der dritten Internationale mit Zustimmung empfangen wurde.

Das Resultat: die zweite Internationale besteht weiter, ihr Genfer Kongreß wird sich einer sehr starken Beteiligung erfreuen, aber dadurch, daß einige mächtige Parteien nun der verhängnisvollen Anregung der U. S. P. gefolgt sind, wird sie vorläufig machtlos gegenüber der überhand nehmenden internationalen Reaktion bleiben. Die Unabhängigen haben die Einheit der deutschen und die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung zerstört. Das ist ihre einzige positive Tat, seitdem sie besteht.

### Das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl.

Gestern hat das deutsche Volk den ersten Reichstag der jungen Republik gewählt. Naturgemäß war nicht die Wahlbegeisterung vorhanden, wie am 19. Januar 1919. Nach den bisher eingegangenen Meldungen ist die Wahl überall in Ruhe verlaufen. In den von manchen Seiten bei den Wahlen befürchteten Puffchen ist es nirgends gekommen. Ein endgültiges Resultat über den Wahlausfall läßt sich zur Stunde noch nicht zusammenstellen. Von den bürgerlichen Parteien haben die Demokraten starke Einbußen erlitten, während die Deutschnationalen und besonders die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei an Stimmen gewonnen haben. Die zersplitternde Hege der Unabhängigen hat nur den einen Erfolg gehabt, daß die Sozialisten Stimmen an die Bürgerlichen verloren haben. Gegenüber dieser bedauerlichen Tatsache ist es für die Unabhängigen ein magerer Trost, wenn sie in einigen Städten die Sozialdemokratie an Stimmen überflügelt haben. Soweit jedoch schon Gesamtergebnisse aus einzelnen Wahlkreisen vorliegen, ist die Sozialdemokratie auch jetzt, trotz der wüsten Angriffe von rechts und links, die Partei des deutschen Volkes auch der Zahl nach geblieben.

#### Die ersten Wahlergebnisse.

Deutschland ist bei dieser Wahl in eine Anzahl größerer Wahlkreise eingeteilt, die meistens eine Provinz oder einen größeren Bundesstaat umfassen. In diesen Wahlkreisen wird auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter gewählt. Die Resultate werden zu einer Reichswahlliste zusammengezählt. Wieviel Abgeordnete der neue Reichstag überhaupt enthält, kann erst bei der Zählung der Resultate festgestellt werden. Aus einzelnen Wahlkreisen liegen bereits zusammenfassende Resultate vor.

**Wahlkreis 34 Württemberg.** Zahl der abgegebenen Stimmen: 1 131 130. Es entfallen auf die Sozialdemokraten 2, auf die Unabhängigen 2, auf die Demokraten 2, auf das Zentrum 4, auf die Bürgerpartei 1, auf den Bauernbund 3 Abgeordnete. Reststimmen: Sozialdemokraten 59 315, Unabhängige 25 220, Demokraten 41 869, Zentrum 29 358, Dtsch. Volkspartei 42 946, Bürgerpartei 40 486, Kommunisten 36 611, Bauernbund 15 325.

**Wahlkreis 36 Baden.** Abgegebenen Stimmen: Sozialdemokraten 185 800, Unabhängige 103 224, Demokraten 114 046, Zentrum 327 119, Deutsche Volkspartei 65 159, Deutschnatl. Volkspartei 112 866, Kommunisten 14 723. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 3, auf die Unabhängigen 1, auf das Zentrum 5, auf die Deutsche Volkspartei 1 und auf die Deutschnatl. Volkspartei 1 Abgeordneter.

**Wahlkreis 15 Schleswig-Holstein-Hamburg.** Sozialdemokraten 215 320, Unabhängige 84 494, Demokraten 79 729, Deutsche Volkspartei 84 248, Deutschnatl. Volkspartei 69 756, Kommunisten 2927, Nationaldemokraten 22, Christliche Volkspartei 5802, Polen 252, Deutsch-hannoversche Partei 281. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 3, auf die Unabhängigen 1, auf die Demokraten 1, auf die Deutsche Volkspartei 1 und auf die Deutschnatl. Volkspartei 1 Abgeordneter.

**Wahlkreis 5 Frankfurt a. O. (Brandenburg 2).** % des Wahlkreises: Sozialdemokraten 85 000, Unabhängige 51 000, Demokraten 35 500, Zentrum 17 000, Deutsche Volkspartei 63 000, Deutschnatl. Volkspartei 84 000, Kommunisten 6000.

Es entfallen demnach voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 2, die Unabhängigen, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnatl. Volkspartei je ein Abgeordneter.

**Wahlkreis 33 Chemnitz-Zwickau.** Sozialdemokraten 229 115, Unabhängige 155 692, Demokraten 77 813, Zentrum 2448, Deutsche Volkspartei 150 566, Deutschnatl. Volkspartei 158 473, Kommunisten 82 593, Deutschnatl. 1201. Es entfallen demnach voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 4, auf die Unabhängigen 2, auf die Demokraten 1, auf die Deutsche Volkspartei 2, auf die Deutschnatl. Volkspartei 2 und auf die Kommunisten 1 Abgeordneter.

**Wahlkreis 9 Cöln (Niederlande).** Deutschnatl. Sp. 48 368, Deutsche Volkspartei 65 161, Zentrum 26 422, Demokraten 43 180, Sozialdemokraten 97 803, Unabhängige 38 580. Es entfallen voraussichtlich auf die Deutsche Volkspartei und auf die Sozialdemokraten je 1 Abgeordneter.

#### Die Wahlen in Berlin.

Die Wahlen zum Reichstag verliefen in Berlin im Verlaufe des Vormittags äußerst ruhig, nachdem noch in der Nacht vorher eifrige Straßenpropaganda getrieben wurde. Auch in den Vororten ist der Vormittag vollkommen ruhig verlaufen. Pünktlich 6 Uhr wurde der Wahlakt geschlossen. Die Wahlen sind ohne jede Störung von Station zu Station und haben sich im Verhältnis zu der großen Zahl von Wahllokalen — in Berlin allein 1456 — schnell abgewickelt. Nach der bisherigen ersten Uebersicht dürften in den Arbeiterbezirken etwa 80 Prozent, im Westen 75 Prozent und im Zentrum circa 68 Prozent von 1 400 000 eingeschriebenen Wählern ihre Pflicht erfüllt haben. Bei dem am Nachmittag einsetzenden Schleppertanz waren die Unabhängigen besonders rührig. Sie veranstalteten in den Außenbezirken Umzüge mit roten Fahnen und Plakaten und kündeten ihre Ansprachen durch Glockengeläute an. Die ersten Meldungen aus dem Reich kamen aus Erfurt, wo nach einer lebhaften Agitation in den letzten Tagen der Wahltag selbst ebenfalls ruhig verlaufen ist. Ähnliche Meldungen liegen aus Bayern vor, wo neben den Wahlen zum Reichstag auch die bayerischen Landtagswahlen stattfanden. Die Wahlbeteiligung dürfte hier auf über 70 bis 75 Prozent hinausgegangen sein.

#### Teilergebnisse aus dem Reich.

**Berlin-Charlottenburg.** Sozialdem. 27 676, Unabh. 32 856, Demotr. 22 879, Zentr. 6374, Dtsch. Sp. 36 970, Deutschnatl. 26 247, Kommunisten 1351, Wirtsch. Bezirks. 9364, Natl.-Dem. 206, Aufbaupartei 39, Welfen 81.

**Bodum-Stadt.** Sozialdem. 14 605, Unabh. 11 176, Demotr. 1630, Zentr. 23 348, Dtsch. Sp. 18 272, Deutschnatl. 3018, Kommunisten 587, Polen 1602.

**Elberfeld-Stadt.** Sozialdem. 12 900, Unabh. 25 788, Demotr. 5350, Zentr. 11 608, Dtsch. Sp. 11 832, Deutschnatl. 20 400, Kommunisten 446.

**Magdeburg-Stadt.** Sozialdem. 61 865, Unabh. 31 044, Demotr. 24 389, Zentr. 3085, Dtsch. Sp. 28 245, Deutschnatl. 13 122, Kommunisten 1769, Nationaldemokr. 491.

**Duisburg.** Sozialdem. 16 982, Unabh. 18 181, Demotr. 5882, Zentr. 25 966, Dtsch. Sp. 17 923, Deutschnatl. 11 036, Kommunisten 8395, Christl. Sp. 4, Polen 1952.

**Essen-Stadt.** (Teilergebnis.) Sozialdem. 23 932, Unabhängige 55 152, Demotr. 6710, Zentr. 68 825, Dtsch. Sp. 26 255, Deutschnatl. 16 962, Kommunisten 2116, Wirtsch. Arbeiterpartei 62, Christl. Sp. 1559, Polen 2732.

**Bremen-Stadt.** Unabh. 53 142, Sozialdem. 30 541, Zentr. 3059, Demotr. 22 492, Welfen 449, Dtsch. Sp. 40 518, Deutschnatl. 10 333, Kommunisten 7274.

**Dortmund-Stadt.** Dtsch. Sp. 26 531, Deutschnatl. 2576, Zentr. 32 247, Demotr. 4714, Sozialdem. 25 521, Unabh. 37 630, Kommunisten 1393, Polen 3625.

**Breslau-Stadt.** Von 283 061 abgegebenen Stimmen erhielten Deutschnatl. 41 900, Dtsch. Sp. 42 900, Zentr. 38 889, Demotr. 19 075, Sozialdem. 111 187, Unabh. 22 273, Wirtsch. Arbeiterpartei 6700, unpolitisch waren 127 Stimmen.

**Chemnitz-Stadt.** In Chemnitz-Stadt ist die Wahl bei 71 % Beteiligung in voller Ordnung verlaufen. Sozialdem. 58 022, Unabh. 6306, Demotr. 2424, Zentr. 784, Dtsch. Sp. 26 484, Deutschnatl. 26 284, Kommunisten 20 129, Wirtsch. Vereinigung (Dtschsp.) 921.

**Kassel.** Sozialdem. 30 919, Unabh. 10 171, Demokraten 10 251, Zentr. 3680, Dtsch. Sp. 16 839, Deutschnatl. 18 755, Kommunisten 122.

**Wiesbaden-Stadt.** Sozialdem. 10 102, Unabh. 652, Demokraten 9917, Zentr. 6278, Dtsch. Sp. 15 268, Deutschnatl. 3526.

**Worms-Stadt und -Kreis.** Sozialdem. 13 043, Unabh. 3097, Demotr. 3461, Zentr. 5250, Dtsch. Sp. 15 735, Kommunisten 94, Hessische Sp. 377.

**Stetten.** Sozialdem. 12 529, Unabh. 7054, Demotr. 4277, Zentr. 664, Dtsch. Sp. 7089, Deutschnatl. 12 739.

**Karlsruhe.** Sozialdem. 17 360, Unabh. 13 828, Demotr. 12 751, Zentr. 12 871, Dtsch. Sp. 6892, Deutschnatl. 11 000, Kommunisten 6000.



Towers Streikerlag aufgehoben!

Eine Sonderausgabe des Danziger „Staatsanzeigers“ teilt die Aufhebung des berühmten ausnahmsrechtlichen Streikerlasses des Oberkommissars Sir Reginald Tower mit. Wir konnten die Aufhebung schon vor mehreren Tagen in Aussicht stellen. Wie wir wiederholt feststellen, um allen Märchenbildungen entgegenzutreten, ist sie die Folge eines von unserm Gewissen Geht im Staatsrat gestellten Antrages. Gewisse Geht verwies gelegentlich der von den Eisenbahnbeamten in Aussicht gestellten Arbeitseinstellung darauf, daß es eine glatte Unmöglichkeit sei, den Streikerlag nun noch länger als Ausnahmegefahr gegen die Arbeiter bestehen zu lassen. Der Staatsrat sollte erst heute über den Antrag beschließen. Doch hat Sir Tower es vorgezogen, den im März, gelegentlich des Ausstandes in den höflichen Betrieben, verfahren Gericht aus eigener Mächtigkeiten schon vorher aus der Welt zu schaffen.

Seine Prämie für das Wohlverhalten der Arbeiterklasse, wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“ es darstellen möchten, ist die Aufhebung also ganz und gar nicht. Der Streikerlag scheiterte einfach, auf direkte Veranlassung des Gewerkschafts, an seiner eigenen Unmöglichkeit als Folge seiner diktatorischen Ausnahmeharakteristik. Jedenfalls hat Tower sich durch die Aufhebung ein weit größeres Verdienst als durch seine Erzeugung erworben.

Eine Revolution der Fleischer-Innung.

Die Fleischermeister sind politisch ganz gewiß keine Eisernen und Tröner. Aber sind sie überall bekannt als Leute konservativer Belagerung, denen nicht so sehr zuwider ist, als alles, was moderner Geist und zeitgemäße Neuerung heißt. Wenn aber der dreimal heilige Profit in Frage kommt, dann werden selbst diese Säulen der Vergangenheit revolutionäre Draufgänger. Seit einigen Tagen prangt im Schaufenster sämtlicher Fleischerläden Danzigs und Umgebung folgendes schreiend gelbe Plakat:

Achtung! Danziger Hausfrauen!

Seit Jahren können wir auch in jeder Woche nur wenige Gramme Fleisch verabfolgen. Ihr müßt längst verkommen, wenn ihr mit dem Quantum, das uns die Zwangswirtschaft zuweist, auskommen müßtet. Die Zwangswirtschaft verhindert die Fleischherstellung und fördert den Schleichhandel und den Wucher. Die Zwangswirtschaft muß deshalb so schnell wie möglich beseitigt werden. Wollt ihr eure Familien, euren Mann und eure Kinder wieder sättigen, wollt ihr euch und euren Mann arbeitsfähig erhalten, dann tragt euren Namen in die hier ausliegende Liste ein, in der Unterschriften für die Beseitigung der Zwangswirtschaft gesammelt werden. Danziger Fleischerinnung.

Da es die selbstverständliche Voraussetzung jeder öffentlichen Wirksamkeit ist, sich nicht gegen Treu und Glauben zu verständigen, so müßten wir doch zu gern wissen, wie die Leitung einer hochwohlwollenden Fleischer-Innung die hahnreißenden Entstellungen dieses Aufrufes verantworten will? Schließlich ist doch Danzig noch immer eine Großstadt und seine Hausfrauen sind doch nicht ganz auf den Kopf gefallen. Sie wissen daher aus eigener Erfahrung ganz genau, daß die Fleischer-Innung die Tatsachen unerhört demagogisch auf den Kopf stellt, wenn sie die Zwangswirtschaft für die Dinge verantwortlich macht, die ihre Einführung notwendig gemacht haben! Der infantile Preiswucher und die Verschleppung des Fleisches nach hinten herum durch gewisse eble Volksfreunde, die jetzt so gegen die Zwangswirtschaft schreien, erzwungen notwendig die Einschränkung auch der „Freiheit“ des Fleischwuchers! Können wir die Zwangswirtschaft nicht erhalten, dann wäre alles Fleisch in die bekannten großen Läden gewandert und kein armer Teufel hätte auch nur noch ein Stückchen davon zu sehen bekommen. Die Preise wären selbstverständlich maßvoll hoch gesteuert. Die Freigabe der Eier und des Feders haben den Hausfrauen doch gerade genügend deutlich gezeigt, was die Freigabe der Fleischwucherung der Verbraucher gerade bei Lebensmitteln bedeutet.

Es ist daher mehr als gewissenlos, wenn die Innung den Hausfrauen jetzt zumutet, sich und den Ihrigen auch noch den letzten Fleischbissen zu entziehen.

Hausfrauen! Kauft euch nicht durch den Klugheitswandel der Fleischerherren betören! Kauft euch nicht durch den Mißbrauch des Wortes „Freiheit“ dazu verleiten, dem schamlosesten Fleischwucherer Barspandienste zu leisten!

Seidern muß noch der Gewissenhaftigkeit, die diesen „Aufruf“ verfaßt hat, erwartet werden, daß man unzulässige Frauen durch allerhand Tricks zur Unterscheidung der Listen bestimmen wird. Besonders ist zu befürchten, daß man tut, als ob es sich um die Unterscheidung in die Rundenliste handelt! Später ist ja keiner Unterschrift anzusehen, aus welchem Grunde sie abgegeben worden ist.

Deßhalb, Hausfrauen, seid gewarnt! Verweigert in dem Fleischladen jeder Unterschrift, deren Zweck auch nicht ganz einwandfrei klar ist!

Die amtlichen Aufsichtsorgane der Fleischerinnung dürfen zu dieser großen Frechheit aber keineswegs schweigen! Für jeden Verbraucher sollte diese organisierte Wucherartide aber zu der Forderung veranlassen, die städtische Fleischwirtschaft zu kommunalisieren. Dann ist auch jede Täuschung der Verbraucher, wie sie diese unerhört nachteiligste Aktion der Fleischerinnung darstellt, ein für alle mal verhindert.

Unsere Mahnung an die Verbraucher, sich von den Freiheitskämpfern der Fleischer-Innung nicht gar nach durch zu große Täuschungen mißbrauchen zu lassen, war durchaus am Platze. Heute wurde uns schon mitgeteilt, daß man in verschiedenen Läden ganz ungeniert sogar Kinder zur Unterscheidung der Listen aufgefordert hat und sie auch unterschreiben ließ! Man kann also schließlich noch erwarten, daß die Herrn Fleischermeister die Listen durch gute Freunde, getreue Kuchbaken, Personal und dergl. füllen lassen, um schließlich mit einem einstimmigen Beschlusse der gesamten Danziger Bevölkerung für die unbegrenzte Freiheit des Fleischwuchers antreten zu können.

Überaus merkwürdig ist das Verhalten der bürgerlichen Blätter zu dieser Profit-Revolution der in der Innung organisierten Herren Fleischermeister. Offen für die „Freiheitsförderung“ dieser Händler einzutreten, magte sein einziges Blatt. Noch weniger brachte man aber den Mut auf, die Interessen der Verbraucher durch die entscheidende Zurückweisung der Unterscheidungslisten zu vertreten. So brachte man es bloß zu der höchst ehrenwerten Stelle des Heizers, der nach beiden Seiten abschließend erhalten versichern kann: Mein Name ist Gase, ich weiß von gar nichts. . . Nur die demokratische „Danziger Ztg.“ kann ihr kapitalistisches Freihändlerhera, das bereit mit Begünstigung sogar den Wucherstand der Getreide-Einfuhrgeine

verteidigte, nicht verweigern. Sie sagt, daß das freihändlerische Wirtschaftswesen die Position der Fleischermeister um Freigabe der Fleischwirtschaft nicht einmal beantwortet habe. Dabei hätte der Schleichhandel im Fleisch wie zuvor. Das ist einmal ein wahrhaft glänzender Beweis für die Schädlichkeit der Zwangswirtschaft. Wenn die Kasse des Schleichhandels irgend etwas beweist, dann doch das genaue Gegenteil dessen, wofür die „D. Z.“ diesen Beweis zurückschicken möchte. Er beweist, daß die Verbraucher schreit und selbst lieber die krummen Wege des Wucherwuchers geht, ehe sie auch nur einmal wirklich ungenügend vollstündlich handelt. Toraus ergibt sich dann notwendig der Schluß, daß man das private Profitinteresse unter keinen Umständen für die Volksernährung entscheidend sein lassen darf. Wie die Demokratie stets nur durch noch mehr Demokratie geschützt und vollendet werden kann, so muß es auch auf diesem Gebiet nicht anders sein, sondern weiteren Fortschritt heißen. Teils verlangen wir schon oben: Von der Zwangswirtschaft zur Freihändlerwirtschaft der Fleischerwirtschaft! Nur auf diesem Wege liegt das Heil für so können die städtischen großen Mängel der heutigen Fleischwirtschaft im Interesse der großen Masse der Verbraucher wirklich beseitigt werden. Wenn die „Danz. Ztg.“ am Schluß ihrer Notiz zu erwähnen weiß, daß die gelbe Aktion der Fleischer-Innung „naturngemäß“ in der Markthalle und Fleischläden den einzigen Gefährdungsstoff b'weise und daß die Eingliederung möglich gefordert wurde, so ist das eine Art der Begründung, die mindestens nicht charakteristisch ist. Was ist wohl selbstständlicher, als daß die stets bestreuten Säuerzinnen, denen man in den Läden das Plaque vom Himmel herunter verprügelt, aufmerksam und Mühe auch vertrauensvoll der neuen Freiheitspolitik lauschen. Diese gewissenlose Kuckhühner der Unmöglichkeit freibt aber mehr als alles andere gegen den Quindub der Professionskoll.

Der Geisteskampf der Unabhängigen.

Es ist ungläublich, wie sehr die Unabhängigen sich bemühen, den anderen Parteien und vor allem der Sozialdemokratie ihr geistiges Übergewicht zu beweisen. Was sollte aber wohl auch mit einem „revolutionären“ Idealismus enger verbunden sein, als geistige Bedeutung. In der ganzen Stadt stellen in der letzten Woche die ausgezeichneten Bildnisse unserer Volkstimme annehmbar auf, die zum Abonnement unsern Lattes einladen. Sie sind geradezu ein Bildnis und haben in ihrer geschmackvollen Art, den Meister der Werbekunst, der sie entworfen und angefertigt hat. Sie waren dazu so glänzig über alle Teile der Stadt verteilt, daß das Bild Danzigs in diesen Tagen geradezu unter a. n. Eindruck der „Volkstimme“ stand. Und zur Ehre unserer Bevölkerung muß es gesagt werden, daß die Plakate längere Zeit unversehrt wurden, bis man in den letzten Tagen feststellen mußte, daß sie an mehreren Stellen in argentinisch gleichartiger Weise zu zerstören versucht worden waren. In der Nacht zu Sonnabend konnte nun ein gutgekleideter junger Mann dabei feststellen, daß er ein Plakat mit einem besonders dazu geeigneten Instrument, abstrahlte. Er erklärte vor Zeugen, daß er selber Mitglied der Unabhängigen sei und von diesen beauftragt worden sei, die „Volkstimme“-Plakate zu entfernen. Für jede Stunde dieser nach seinem Auftrage in der Nacht auszuführenden Arbeit erhalte er 5 Mark Entschädigung! Der unabhängige „Geistesdämpfer“ berief sich sogar auf einen Ausweis, den seine Auftraggeber ihm mitgegeben hätten!

Wir enträsten uns über diesen unabhängigen Vandalismus durchaus nicht. Eine Partei, die selbst vor solchen Mitteln nicht zurückschreckt, schreibt sich nur selber das Todesurteil. Trotzdem werden unsere Genossen aufmerksam auf die Verkörper der „Volkstimme“-Plakate achten und ihnen die erforderliche Antwort schon zu erteilen wissen.

Bezirksversammlungen

- des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.
Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr:
3. Bezirk (Neulandwasser) bei Lengis, Albrechtstraße. Referent: Stadtverordneter Gen. Reel.
4. Bezirk (Schiff) bei Stropuhn, Rathhäuser Straße. Referent: Stadtrat Gen. Nagroßki.
Donnerstag, den 10. Juni:
1. Bezirk (Neckstadt) in der Aula des städtischen Gymnasiums am Winterplatz, abends 7 Uhr. Referent: Stadtverordneter Gen. Spill.
2. Bezirk (Mittstadt) im Singaal der Petrischule, am Gansplatz, abends 7 Uhr. Referent: Gen. Dr. Ding.
3. Bezirk (Sankt) bei Kresin, Brankhöfer Weg 86, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Müller.
Freitag, den 11. Juni:
2. Bezirk (Stadtviertel von Hundegasse bis Bastion Serinus und Petersbogen) im „Mantel Lösschen“, am Peumarkt 10, abends 6 1/2 Uhr. Referent: Gen. Dr. Kamnitzer.
11. Bezirk (Gehäude) bei Schwandorf, abends 7 Uhr. Referent: Stadtverordneter Gen. Bohn.

Versammlung der Transportarbeiter.

Am Sonntag, den 30. Mai, tagte im Werkstättensaal eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes, die zu der Erhöhung der Mitgliederbeiträge und ähnlicher Unterstützungen Stellung zu nehmen hatte. Kollege Werner führte einleitend aus, daß die auf die letzte Beitragserhöhung gestellten Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Die Ausgaben für Verwaltung, Materialien, Agitation hätten eine ungeheure Steigerung erfahren. Die Unterstützungen der Streikenden, der Kranke, Todesfällen und Arbeitslosigkeit seien infolge der Entwertung des Geldes unzureichend. Deswegen sei es notwendig, daß die Mitglieder geäußerten Wünschen auf eine erhebliche Steigerung der Unterstützungsätze vom Haushaltungsstand herabgesehen werden mußte.

Nachdem eine Verdoppelung der städtischen Unterstützungsätze beschlossen ist, die Streikunterstützung von 2,50 auf 5 Mark pro Woche erhöht, wurde selbstverständlich auch für die erforderlichen Einnahmen gesorgt werden. Dies ist jedoch nur durch eine Erhöhung der Beiträge zu erreichen. So haben denn Ortsverwaltung und Vertrauensleute beschlossen, vom 7. Juni ab die Beiträge wie folgt zu erhöhen: In Beitragsklasse 1 auf 2,50 Mark, Klasse 2 auf 2,40 Mark, in Klasse 3 auf 2 Mark pro Woche. Die Beiträge in Klasse 4, in der für die Zukunft nur die Zeitungsträgerinnen und Retenwachmannen zahlen werden, bleiben mit 70 Pfennig pro Woche bestehen, dafür werden auch die Unterstützungsätze dieser Klasse nicht erhöht. Die Streikunterstützung für Kinder, die aus lokalen Mitteln gezahlt wird, wird ebenfalls verdoppelt und die Altersgrenze des vorhergehenden Kindes von 1 Jahr auf 6 Monate herabgesetzt. Redner erwartete von der Versammlung volles Verständnis für die getroffenen Maßnahmen, zumal die Stokkraft des Verbandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leiden dürfe. Die nun einsetzende sehr hohe Inflationsgefahr, die die organisierten Transportarbeiter volles Verständnis für die Notwendigkeit der Beitragserhöhung

und auch der Überlegung der Unterstützungsätze /-Khm. Es wurde denn auch einstimmig den von dem Vertrauensmann vorgeschlagenen Beitragsätzen zugestimmt und die Durchführung mit der Durchführung der notwendigen Maßnahmen beauftragt.

Die Lokalbewegung der Straßenbahn.

Auf die von den Straßenbahnern erhobene neue Anforderung erklärt die Direktion der Straßenbahn in der heutigen Sitzung der Direktion, daß die neuen Forderungen der Arbeiterklasse die Gesellschaft mit weit über ein Million Mark belasten würden. Die Straßenbahn sei nicht in der Lage, die Forderungen zu bewilligen, da der neue Straßenbahnvertrag bei weitem das nicht einbringt, was er einbringen sollte. Die Ausgaben würden nicht durch die Einnahmen gedeckt. Wenn der Betrieb überhaupt weitergeführt werden soll, müßte wohl mit einer abermaligen Tarif-erhöhung gerechnet werden müssen. Die Direktion weist ferner darauf hin, daß die Lokale Kohle für die bei der letzten Tarif-erhöhung ein Preis von etwa 550 Mark angesetzt war, heute schon etwa 700 Mark kostet. Dem gegenüber hat die Straßenbahn auf unsern gestrigen Bericht hin:

Die Direktion hat nicht nur unsere Forderung, Monatslohn von 600 bis 700 Mark abgelehnt, sondern hat auch jede Lohn-erhöhung verweigert. Nicht einen Pfennig wollen und die Elektrifizierung bewilligen. Daher die berechtigte Erregung der Kollegen in der Versammlung und der Ruf nach sofortiger Arbeitseinstellung. Die Straßenbahnern hinter mit ihren Gehältern immer weit hinter anderen Berufsgruppen her. Bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen soll ein Straßenbahnern mit einer fünfköpfigen Familie mit 300 Mark Monatsgehalt auskommen. Der Einkommen verlangt dann, daß der Magistrat vermittelnd in den Lohnkampf eingreife.

Streik der Elektromonteur und Helfer.

Wegen Nichtbewilligung von Forderungen traten heute die Elektromonteur und Helfer in den Streik. Seit langer Zeit haben die Monteur auf eine Lohnaufbesserung vergebens gewartet. Als sie erneut an die Unternehmer herantraten, ihre Stundenlöhne die derzeit durchschnittlich 2,50 bis 2,80 Mk. betragen, aufzuheben, beantragten einzelne Unternehmer die Forderungen mit einer „Sulage“ von 10 und 20 Pf. pro Stunde; andere gaben überhaupt nichts. Die Schlichtung in den Streik der Elektromonteur und Helfer erreichte bezeichnender Weise einen Grad, der sich in der Arbeitsniederlegung Luft machte.

Die Arbeiterschaft wird ersucht, die Betriebe strengstens zu meiden und keine Arbeit in der Elektrotechnischen Industrie anzunehmen, bis die Herren Arbeitgeber sich bequemen, die Löhne der Monteur und Helfer zeitgemäß aufzubessern.

Beendigung des Lohnkampfes der Klempner.

Durch beiderseitige Annahme des Schlichterspruches des Schlichtungsausschusses ist der Streit zwischen dem Arbeitgeberverband der Klempner- und Installationsbetriebe und den Arbeitnehmern beendet worden. Die Stundenlöhne betragen fortan für Gezeiten im 1. Lebensjahr 3,50, für alle übrigen 4,50 Mark. Helfer erhalten nach vollendetem 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 2,75, vom 21. Lebensjahre an 3,75 Mark Stundenlohn. Die Landzulage beträgt 15 Mark täglich.

Höhere Beiträge für Invalidenversicherung.

Die Beitragssätze zur Invalidenversicherung werden mit dem 1. August d. J. bedeutend teurer. Wie uns mitgeteilt wird, tritt vom 1. August d. J. ab eine erhebliche Steigerung der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung und damit ein erheblicher Rentenbetrag ein. Es kosten:

- a) die jetzigen 50-Mk.-Marken der Lohnklasse V 1,40 Mk.
b) die jetzigen 42-Mk.-Marken der Lohnklasse IV 1,20 Mk.
c) die jetzigen 34-Mk.-Marken der Lohnklasse III 1,10 Mk.
d) die jetzigen 26-Mk.-Marken der Lohnklasse II 1 Mk.
e) die jetzigen 18-Mk.-Marken der Lohnklasse I 90 Pf.

Die Zuteilung der Beihilfen zu den einzelnen Lohnklassen bleibt vorläufig unverändert, so daß zum Beispiel diejenigen, die jetzt 50-Mk.-Marken haben müssen, vom 1. August 1920 ab solche zu 1,40 Mark zu zahlen haben usw. Wir weisen daher an dieser Stelle darauf hin, daß alle Beitragsmarken mit den jetzigen Marken bis zum 31. Juli d. J. ordnungsmäßig zu besetzen und durch Daten zu entwerfen sind. Die jetzigen Marken verlieren ihr die Beitragsleistung nach dem 1. August d. J. ihre Gültigkeit.

Zur Abänderung von Wohnungen.

Im Interesse der Beteiligten wird vom Magistrat noch einmal darauf hingewiesen, daß Abänderungen von Wohnräumen, gleichgültig, zu welchem Zwecke sie erfolgen, der vorherigen Zustimmung des Einigungsamtes bedürfen.

Da in den meisten Fällen der letzte Abänderungstermin der 30. Juni ist, müßten die entsprechenden Anträge noch in den nächsten Tagen dem Einigungsamt eingereicht werden. Ein Anspruch auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung besteht nicht. Jedenfalls müssen die Beteiligten damit rechnen, daß auf Anträge, die nach dem 30. 6. 20 eingehen, bei der Überlastung des Amtes in den letzten Tagen des Vierteljahres eine einstweilige Anordnung nicht mehr erteilt wird.

Eine Gedächtnisfeier zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Kollegen veranstaltete am Sonntag morgen um 10 Uhr im Saal von Stropuhn der Verband der Maler. Der Saal war überfüllt. Auf Anregung der Kollegen war eine Gedächtnisfeier mit dem Namen der 30 Gefallenen erteilt, welche bei der Feier erfüllt wurde. Der Saal war dieser ersten Feier entsprechend schön geschmückt. Die Gedächtnisrede hielt der Kollege Müller. Die Feier wurde durch verschiedene Gesang- und Sologebühren der Frau Opernsängerin Drefien brachte einige Worte und der Herr Schauspieler Karl Kiewer war Stadtschreiber. Die Feier war ein Gedächtnis der Kämpfer des Weltkrieges. Die Gedächtnisfeier war ein Gedächtnis der Kämpfer des Weltkrieges. Die Gedächtnisfeier war ein Gedächtnis der Kämpfer des Weltkrieges. Die Gedächtnisfeier war ein Gedächtnis der Kämpfer des Weltkrieges.

Zurückberufung für das Handelsgericht. Beim Regierungsvorstand ist beantragt worden, den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifvertrag für den Groß- und Einzelhandel vom 1. April ab für Danzig allgemein verbindlich zu machen. Einwendungen gegen diesen Antrag können beim Verwaltungsamt gestellt werden.

Regelung der Erwerbslosenfürsorge. Der Staatsrat hat soeben eine Verordnung der Erwerbslosenfürsorge für den ganzen Freistaat erlassen. Die Wartzeit wird im allgemeinen auf eine Woche festgesetzt. Bestimmte Zukunftsmaßnahmen sind zugelassen. Die Höchstzahl der Unterstützungen betragen täglich 3 bis 6 Mark, je nach der Ortsklasse, nach dem Geschlecht, dem Lebensalter und dem Haushaltsstand. Die Familienunterstützung beträgt 1,25 Mark bis 3 Mark je nach der Ortsklasse und dem Familienstand. Eine Höchstgrenze der gesamten Familienunterstützung ist nicht vorgeschrieben.

